

Nicht alle können mit der grossen Kelle anrühren

Die Parteien sind in den Startlöchern für den Wahlkampf im kommenden Jahr. Für Plakate, Inserate und Internet-Auftritte stehen Millionen bereit. Aber nicht alle Parteien haben eine gleich prall gefüllte Kasse.

Von Nicolas Hehl

Bern. – Während die SP rund 1,5 Millionen Franken in den Wahlkampf 2011 stecken kann, dürfte es bei der SVP mindestens zehnmal so viel sein. Die Partei mit dem grössten Budget hält sich allerdings bedeckt, wenn es um konkrete Zahlen geht. Bei den letzten nationalen Wahlen 2007 hatten Beobachter die Ausgaben der Volkspartei auf 15 Millionen Franken geschätzt, und ein zweistelliger Millionenbetrag sei auch bei den nächsten Wahlen realistisch, sagt der Kampagnen-Experte Louis Perron. Er geht davon aus, dass die SVP gar 30 bis 50 Prozent mehr Geld in den Wahlkampf stecken wird als vor vier Jahren.

Andere Grössenordnung

Die FDP rechnet mit einem Budget von rund 2,6 Millionen, wie FDP-Präsident Fulvio Pelli der Sonntagspresse verriet. Hinzu kommen Ausgaben der Kantonalparteien und der einzelnen Kandidaten und Kandidatinnen. Die CVP gibt an, für den Wahl-

FRAGE DES TAGES

Sollen die Schweizer Parteien ihre Finanzierung offenlegen müssen? Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab im Internet unter: www.suedostschweiz.ch.

kampf auf nationaler Ebene drei Millionen Franken einzusetzen. Der Betrag sei jedoch noch nicht ganz beisammen, sagt Generalsekretär Tim Frei auf Anfrage. Noch einmal eine Liga tiefer spielen die Grünen, die BDP und die Grünliberalen, deren Budgets im niedrigen sechsstelligen Bereich liegen dürften.

Parteien auf der Strasse

Das bescheidene Budget von 180 000 Franken hoffen die Grünen mit ihrem Engagement für die anstehenden kantonalen Atom-Abstimmungen und einer Initiative für eine grüne Wirtschaft wettzumachen. «Wir können uns keine teure Kampagne leisten, aber wir werden auf der Strasse und nahe bei den Leuten sein», sagt Generalsekretärin Miriam Behrens.



Wahlkampf kostet: Mitarbeiter einer Plakatgesellschaft entfernen nach den Wahlen 2007 Plakate in Bern.

Bild Keystone

Dort werden die Grünen allerdings nicht alleine sein. Fast alle grossen Parteien haben ein oder sogar mehrere Volksbegehren hängig, für das sie um die Aufmerksamkeit von Medien und Wählerschaft buhlen: die SP etwa die Cleantech-Initiative, die FDP die Bürokratiestopp-Initiative, die SVP erwägt eine neue Initiative gegen die Zuwanderung.

Daneben planen alle Parteien eine

klassische Wahlkampagne. Viel zusätzliches Personal wird dafür nicht eingestellt. Der Zürcher Nationalrat Hans Fehr etwa arbeitet während des Wahlkampfs zeitweilig im Generalsekretariat der SVP, die CVP hat ihr Team von wissenschaftlichen Mitarbeitern von zwei auf vier Personen aufgestockt, die FDP hat mehrere Praktikanten angeheuert.

Doch Geld und grosse Wahlkampf-

Teams alleine bringen noch keine Stimmen. Wichtig sind laut Perron eine Botschaft und eine Strategie. Erfolg habe, wer darüber hinaus noch Geld, Know-how, Engagement und Disziplin habe. «Weil die SVP den anderen Parteien in all diesen Punkten haushoch überlegen ist, hat sie fünfmal hintereinander die nationalen Wahlen gewonnen», sagte Experte Perron.

Schweizer System leistet Korruption Vorschub

Für Polit-Berater Louis Perron ist die Schweiz in Sachen Parteienfinanzierung eine «Bananenrepublik».

Die Schweiz ist ein Sonderfall: Die Parteien können unbegrenzt viel Geld ausgeben. Dessen Herkunft muss nicht deklariert werden. Staatliche Unterstützung erhalten die Schweizer Parteien kaum. In den USA können Parteien und Politiker unbegrenzt viel Geld ausgeben, müs-

sen aber dessen Herkunft deklarieren und bekommen nichts vom Staat. In Europa dagegen erhalten die Parteien in der Regel abhängig vom Wähleranteil vom Staat finanzielle Unterstützung.

Die Situation in der Schweiz ohne Transparenz, mit unlimitierten Spenden und keiner staatlicher Unterstützung sei ein System wie in Lateinamerika oder Asien, sagt Louis Perron. Im Nachteil sei dabei die Linke, weil das Geld der Wirtschaft und reicher Individuen zu den Mitte- und

Rechtsparteien fliesse. Diese Blöcke haben sich bisher erfolgreich gegen mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung gewehrt. Einzig in den Kantonen Genf und Tessin müssen Parteispenden offengelegt werden.

Das Schweizer System leiste dem Missbrauch von Parteigeldern und der Korruption Vorschub, kritisiert auch die Organisation Transparency International. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa empfiehlt der Schweiz ebenfalls mehr Transparenz. (sda)